

Gleichstellung von Frauen und Männern ist unumkehrbar

Rede der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend vor der 23. UN-Sondergeneralversammlung (6. Juni 2000)

CHRISTINE BERGMANN

Zunächst einmal möchte ich mich der Erklärung, die Portugal namens der Europäischen Union abgegeben hat, anschließen. Die der Konferenz von Beijing vorangegangenen Weltkonferenzen haben die Chancengleichheit von Frau und Mann thematisiert und aktiv vorangetrieben. Mit der Vierten Weltfrauenkonferenz jedoch ist eine Flamme für die Durchsetzung der Gleichstellung entzündet worden, die unübersehbar weiter brennt, und zwar rund um die Welt. Es ist nun an uns allen, dieses Feuer des Aufbruchs zu erhalten, auf daß es nicht wieder erlischt oder gar bewußt ausgetreten wird. Dies ist entscheidend, denn die Gleichstellung von Frauen und Männern ist ein unumkehrbarer Prozeß, auch wenn der Fortschritt hier und da nur eine Schnecke ist. Frauenrechte sind Menschenrechte.

Der jüngste Erfolg auf diesem Weg war die Durchsetzung des Zusatzprotokolls zum Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau. Es muß unser Ziel sein, die Zeichnung des Protokolls durch alle Länder zu erreichen. Deutschland wird das Ratifizierungsverfahren noch in diesem Jahr einleiten. Wir müssen in der Gleichstellungspolitik die zentralen politischen Aufgaben im Blick behalten.

Wir müssen darauf hinarbeiten,

- daß die grundlegenden Menschenrechte der Frauen weltweit Beachtung finden,
- daß die Gewalt gegen Frauen in all ihren Formen geächtet und beseitigt wird,
- daß mehr Frauen in Entscheidungspositionen kommen, in der Politik wie im privaten Sektor,
- daß die Möglichkeiten für Frauen und Männer, Familie und Erwerbstätigkeit zu verbinden, verbessert werden,
- daß mehr Mädchen und Frauen sich für Ausbildungen und Berufe in zukunftsträchtigen Branchen entscheiden können.

An der Umsetzung dieser Forderungen, analog zu den detaillierten Forderungen der Aktionsplattform von Beijing, zu arbeiten, ist eine ständige Herausforderung. Dazu bedarf es konkreter Umsetzungsschritte, die mit zeitlich festgelegten quantitativen und qualitativen Vorgaben einhergehen. Diesen Weg gehen wir in Deutschland.

Wir haben im vorigen Jahr ein Programm »Frau und Beruf« mit konkreten Vorgaben beschlossen. Wir werden gesetzliche Regelungen zur Chancengleichheit für Frauen im öffentlichen Dienst sowie in der Wirtschaft auf den Weg bringen. Ein weiterer wichtiger Punkt für uns ist, daß Frauen ihre Chancen im neuen Informations- und Kommunikationszeitalter wahrnehmen können. Von der Informationsgesellschaft werden Frauen nicht automatisch profitieren, das wissen wir. Deshalb engagieren wir uns gemeinsam mit der Wirtschaft in diesem Bereich für mehr Chancengleichheit. Wir wollen die Internetbeteiligung von Frauen in den nächsten fünf Jahren auf 50 Prozent steigern

und werden den Frauenanteil an den IT-Berufsausbildungen und den Informatikstudiengängen auf 40 Prozent erhöhen.

Wenn wir eine tatsächliche Gleichstellung der Geschlechter herstellen wollen, müssen die Männer in die Familienarbeit und die Kindererziehung mit einbezogen werden. Wir haben daher ein Gesetz eingebracht, das es den Vätern wie auch den Müttern ermöglicht, gleichzeitig ihren Elternurlaub wahrzunehmen. Während dieser Zeit ist es ihnen gestattet, bis zu 30 Wochenstunden in Teilzeit zu arbeiten. Von den drei Jahren des Elternurlaubs haben sie zwei Jahre lang Anspruch auf Zahlung eines einkommensabhängigen Erziehungsgeldes. Bis zur Vollendung des achten Lebensjahres des Kindes kann ein Jahr des Elternurlaubs, sofern der Arbeitgeber damit einverstanden ist, zu einem späteren Zeitpunkt genommen werden. All diese Neuerungen gehen mit einer großen Kampagne einher, mit der das Leitbild der Väter in der Gesellschaft verändert werden soll.

Es war ein Verdienst der Aktionsplattform von Beijing, auf das Problem der Gewalt gegen Frauen in all ihren Formen hinzuweisen und entsprechende Gegenmaßnahmen einzufordern. Gewalt ist ein Thema, von dem auch Frauen in Deutschland stark betroffen sind. Mit ihrem Aktionsprogramm zur Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen hat die Bundesregierung im Dezember 1999 erstmals ein umfassendes Gesamtkonzept zur Gewaltbekämpfung vorgelegt. Mit dem Aktionsprogramm wollen wir strukturelle Veränderungen erreichen, und zwar in allen Bereichen: von der Prävention über die Täterarbeit und die bessere Vernetzung von Hilfsangeboten für die Geschädigten bis hin zu einer stärkeren Sensibilisierung der Öffentlichkeit und zu rechtlichen Maßnahmen wie einem Gewaltschutzgesetz für Frauen. Über lange Jahre war Gewalt gegen Frauen ein Thema, das weitgehend tabuisiert wurde. Damit muß endlich Schluß sein.

»Gender-mainstreaming«, die Strategie, die von der Vierten Weltfrauenkonferenz ausging, bildet für die Bundesregierung einen Schwerpunkt bei der nationalen Umsetzung der Aktionsplattform von Beijing. Unser Ziel ist die Integration der Gleichstellungspolitik als durchgängige Aufgabe in alle Politikfelder und Aufgabenbereiche der Bundesregierung. Wir stehen in Deutschland erst am Anfang dieses Prozesses, aber wir verfolgen ihn mit Nachdruck, denn ich bin überzeugt: »Gender-mainstreaming« ist langfristig der einzige Weg, eine stabile und partnerschaftliche Gleichstellung von Frauen und Männern in unserer Gesellschaft zu erreichen.

Das enorme Echo, das diese Sondergeneralversammlung findet, sowohl auf seiten der Regierung wie der Nichtregierungsorganisationen, zeigt eindrucksvoll die Bedeutung, die dem Thema heute beigemessen wird. Der Entwurf des Abschlußdokuments hat die Entwicklungen der letzten fünf Jahre aufgegriffen und einige Forderungen aktualisiert und konkretisiert. Der politische Wille zur weltweiten Durchsetzung der Gleichstellung von Frauen und Männern wurde durch die Politische Erklärung erneut bestätigt. Wir sollten nun all unsere Kräfte zur beschleunigten Umsetzung mobilisieren.

Die Globalisierung ist kein Naturereignis

Rede der Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung vor der 24. UN-Sondergeneralversammlung (27. Juni 2000)

HEIDEMARIE WIECZOREK-ZEUL

Der vorletzte Redner vor mir war der Ministerpräsident Mosambiks; ihm und seinem Volk möchte ich unser aller Mitgefühl mit den Opfern der Flutkatastrophe in seinem Land versichern – wir alle sind in der Pflicht, damit das Land sich erholen und wieder aufgebaut werden kann. Wir empfinden und wir zeigen Solidarität mit dem Volk Mosambiks.

Die Rede der portugiesischen Präsidentschaft namens der Europäischen Union findet meine volle Unterstützung.

Zu Beginn dieses Jahrhunderts sollten wir die positive Vision der »einen Welt« verwirklichen, die Staatsmänner wie Willy Brandt, die bei mir und in meinem Land einen tiefen Eindruck hinterließen, vorhersahen. Einem großen Teil der Menschheit bleibt aber – wie es in all den Debatten, die ich im Verlauf dieser Konferenz gehört habe, sehr freimütig geäußert worden ist – der Zugang zu der sich globalisierenden Welt noch immer verwehrt. So befindet sich die »globale Online-Gesellschaft« auf einem exponentiellen Wachstumskurs, aber 88 vH der Internet-Nutzer weltweit leben in den Industrieländern, nur 0,3 vH in den ärmsten Ländern der Welt. Nach dem jüngsten, eindrucksvollen Bericht des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen verfügen die drei reichsten Männer der Welt über ein Vermögen, das größer ist als das Einkommen von 600 Millionen Menschen in den Entwicklungsländern. Dabei hat sich die weltweite Ungleichheit der Einkommensverteilung auch in den letzten Jahren noch weiter erhöht. Das durchschnittliche jährliche Pro-Kopf-Ein-

kommen war im Zeitraum von 1990 bis 1998 in 50 Ländern negativ, nur eins davon war ein Industrieland. Die Marginalisierung eines Teils der Menschheit findet jedoch nicht allein zwischen Nord und Süd statt; die Risse zwischen Arm und Reich verlaufen auch innerhalb der Weltregionen und innerhalb von Ländern. Das globale Armutproblem hat somit auch die bestehenden Probleme verschärft; heute erkennen wir, daß es die Wurzel vieler weltweiter Gefahren und zahlreicher Bedrohungen des Friedens ist.

Wir kommen hier zum ersten Mal im neuen Jahrhundert zusammen, und zu den wichtigsten Herausforderungen, denen wir uns im beginnenden Jahrhundert gegenüber sehen, gehören diese Fragen: Wie können wir verhindern, daß unregulierte Marktkräfte ganz oder doch größtenteils über das Schicksal der Welt bestimmen? Wie können wir der Globalisierung ein menschliches Antlitz verleihen? Wie können wir sicherstellen, daß alle Länder der Welt von den Chancen der Globalisierung tatsächlich profitieren? Ich habe mitunter den Eindruck, daß wir vor einer ähnlichen Herausforderung stehen wie jener Zauberlehrling, der die Geister, die er rief, nun wieder bändigen muß. Nur ist die Globalisierung kein Zauber oder Naturereignis – wir können und müssen sie gestalten. Wir müssen Verantwortung übernehmen.

Um diese Aufgabe bewältigen zu können, müssen wir global geltende Regelwerke entwickeln und die internationalen repräsentativen Organisationen stärken, um so die Kräfte des Weltmarkts in ihre sozialen und ökologischen

Schranken zu verweisen. Unsere Erfahrung in den europäischen Ländern im 19. und 20. Jahrhundert zeigt, daß dies der Weg zur Entwicklung der sozialen Marktwirtschaften war. Zur Einbindung der Märkte in ein soziales Rahmenwerk und zu ihrer Regulierung brauchen wir, wie ich bereits sagte, starke internationale Institutionen, denn die bestehenden Mechanismen sind nicht ausreichend, um transnationale Entwicklungen zu regulieren.

Einen wichtigen Beitrag zur Gestaltung der Globalisierung leisten die Achtung der Menschenrechte und die Einhaltung sozialer Mindeststandards. 1998 hat die Internationale Arbeitsorganisation die »Erklärung über grundlegende Prinzipien und Rechte bei der Arbeit« angenommen – und mit ihr alle ihre Mitglieder. Die Bundesregierung setzt sich aktiv für die Einhaltung dieser Kernarbeitsnormen ein. Hierzu gehören die Vereinigungsfreiheit, das Recht auf Tarifverhandlungen – also freie und ungehinderte Arbeit der Gewerkschaften –, die Beseitigung aller Formen von Zwangs- oder Pflichtarbeit, die effektive Abschaffung der Kinderarbeit sowie die Beseitigung der Diskriminierung in Beschäftigung und Beruf. Die deutsche Bundesregierung hält diese Kernarbeitsnormen zur sozialen Gestaltung der Globalisierung für wesentlich – sie bilden einen international anerkannten Standard, an dem sich alle Länder und auch alle Unternehmen messen lassen müssen. Der private Sektor zeigt im übrigen zunehmend Verständnis dafür, daß der gesellschaftliche Dialog das wirtschaftliche Wachstum fördert.

Solche, für alle Weltregionen und alle »global players« gültigen umfassenden Regelwerke werden wir nur erreichen können, wenn wir einen Interessenausgleich zwischen Nord und Süd erreichen. Die Industrieländer müssen im Rahmen eines fairen Lösungspakets auch Zugeständnisse machen und ihren eigenen Beitrag zur nachhaltigen sozialen Entwicklung erbringen. Sie müssen den Entwicklungsländern die Förderung einer eigenständigen wirtschaftlichen Entwicklung ermöglichen und aktiv dazu beitragen, daß alle Teile der Welt Vorteile aus dem Welthandel ziehen können. Nur mit Hilfe eines solchen »fair deal« wird es uns möglich sein, soziale Mindeststandards international zu verankern.

Ein wichtiger Schritt in diese Richtung ist die Überwindung von offenem und verdecktem Protektionismus. Die ärmsten Entwicklungsländer haben augenblicklich einen Anteil von 0,5 vH am Welthandel. Der neueste Bericht des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen zur Armut zeigt etwa, daß die Industrieländer für die Subventionierung und den Schutz ihres Agrarsektors rund 350 Milliarden US-Dollar aufwenden. Das ist ungefähr das Siebenfache des Betrages, den wir, die Industrieländer, für die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit ausgeben. Die Bundesregierung setzt sich deshalb dafür ein, die Märkte der Industrieländer für die Exporte der Entwicklungsländer weiter zu öffnen; vor allem die ärmsten Länder sollten für die wichtigsten Exportgüter freien Zugang erhalten. Allein die Liberalisierung der landwirtschaftlichen Märkte würde den Entwicklungsländern zusätzliche Einnahmen von rund 40 Mrd Dollar pro Jahr einbringen. Darauf sollten wir alle hinarbeiten.

Die Vereinten Nationen, das sind wir alle

Rede des Bundeskanzlers vor der 55. UN-Generalversammlung
anlässlich des Millenniums-Gipfels (6. September 2000)

GERHARD SCHRÖDER

Der Übergang in das neue Jahrtausend ist Anlaß, Bilanz zu ziehen und gemeinsam nach Möglichkeiten zu suchen, die Vereinten Nationen als die zentrale Organisation zur Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit zu stärken. Zugleich begehnen wir Deutsche in diesem Jahr den zehnten Jahrestag der Wiederherstellung unserer staatlichen Einheit. Ich möchte den vielen Staaten und vor allem den Menschen in Ost und West danken, die Deutschland auf diesem für uns so wichtigen Weg unterstützt haben. Zudem will ich das unverminderte Engagement meines Landes für die Weltorganisation unterstreichen. Deutschland hat in der Tat nach dem Zweiten Weltkrieg eine zweite Chance erhalten. Wir wollen uns dieser Chance würdig erweisen durch unser beherztes Eintreten für Demokratie und Menschenrechte, für die Vertiefung der europäischen Integration und für die Stärkung der Vereinten Nationen.

Die Vereinten Nationen werden den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts nur dann erfolgreich begegnen können, wenn sie ihr Instrumentarium und ihre finanziellen Mittel effizient einsetzen und sich in ihren Aktivitäten auf Schwerpunkte konzentrieren. Dazu sollte es gehören, daß die Generalversammlung ihre jährliche Tagesordnung auf die wirklichen Kernthemen konzentriert. Sollten wir uns nicht gemeinsam hierum bemühen?

In der unveränderten Schlüsselaufgabe der Weltorganisation – der Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit – rückt die Krisenprävention immer mehr in den Vordergrund. Wir müssen uns den Erfolgen, aber auch aus den Mißerfolgen der jüngsten Friedensmissionen die notwendigen Konsequenzen ziehen. Dazu gehört insbesondere eine Reform des Sicherheitsrats. Dieser muß effizienter und repräsentativer werden. Bei einer Erweiterung des Kreises der Ständigen Mitglieder ist Deutschland zur Übernahme entsprechender Verantwortung bereit.

Ein weiterer wichtiger Beitrag ist die Entschuldungsinitiative für hochverschuldete arme Länder (HIPC), für die bislang 70 Mrd Dollar bereitgestellt wurden. Bis Ende 2000 rechnen wir mit Entschuldungsbeschlüssen zu weiteren 20 Ländern. Wir fordern auch raschere Entscheidungen über weitere Schuldenerlasse, von denen noch 36 Länder profitieren sollen.

Mehr und mehr HIPC-Länder stellen ihre gute Regierungsführung unter Beweis – nicht nur auf wirtschaftlichem und finanziellem Gebiet, sondern auch im sozialen Bereich. Die Erörterung ihrer Politik mit den Nichtregierungsorganisationen ist von Bedeutung für eine partizipatorische Zivilgesellschaft. Es ist gut zu wissen, daß Vertreter der Zivilgesellschaft integrierender Bestandteil der Delegationen einer ganzen Reihe von Ländern sind, die an dieser Sondertagung teilnehmen – einschließlich meines eigenen Landes.

Einer der wesentlichen Vorteile der Entschuldungsinitiative liegt, so glaube ich, darin, daß sie einen Wandel eingeleitet hat. Wir müssen sicherstellen, daß die Strukturanpassungsprogramme des Internationalen Währungsfonds (IMF) geändert werden, denn künftig wird der IMF bei seinen Empfehlungen die Strategien der betreffenden Länder zur Armutsreduzierung berücksichtigen müssen. Mit der HIPC-Initiative wird für Millionen Menschen die Bürde der Verschuldung erleichtert, die bisher die Bemühungen ihrer Länder um Entwicklung und Frieden behindert hat.

Deutschland unterstützt das in Kopenhagen vereinbarte Aktionsprogramm. Wir sind nicht nur an den wichtigen Diskussionsprozessen beteiligt, sondern wir handeln auch: In diesem Jahr wird Deutschland zusätzliche 108 Mill DM bereitstellen, um soziale Grunddienste in unseren Partnerländern zu unterstützen. Insgesamt können wir somit 380 Mill DM im Jahr 2000 zu solchen Vorhaben in den Entwicklungsländern beisteuern, vor allem für Projekte im Gesundheitsbereich, zur Bekämpfung von HIV/Aids und für die Grundbildung. Hier liegt uns die Förderung von Mädchen und Frauen besonders am Herzen. Sie zu fördern, für sie Bildung zu ermöglichen, ist nicht nur notwendig der Gleichberechtigung und der Demokratie wegen, sondern diese Förderung ist ganz klar auch die wichtigste Investition für Entwicklungsländer und in der Tat für uns alle.

Die Erreichung internationaler Entwicklungsziele erfordert eine globale Kampagne gegen die Armut und ein dauerhaftes Engagement der politischen Führer weltweit. Unsere Regierung wird einen aktiven Beitrag zu einer derartigen Kampagne leisten – vielleicht sogar einen Pakt schließen –, denn dies ist die einzige Möglichkeit, unser Ziel, die Zahl der in tiefster Armut lebenden Menschen zu halbieren, zu erreichen.

Nur wenn wir uns darauf verständigen, gemeinsam zu handeln, um allen Menschen weltweit ein Leben frei von Furcht und Not zu ermöglichen, ein Leben in Menschenwürde, ein Leben, über das sie selbst bestimmen können und das sie nicht erleiden müssen – nur dann können wir hoffen, daß die Vision der »einen Welt« in diesem Jahrhundert, das gerade erst begonnen hat, in Erfüllung geht. Wir müssen ein neues Fundament für soziale Gerechtigkeit und Frieden für alle schaffen, und ich hoffe, daß wir aktiv dazu beitragen können.

Ein zweiter Schwerpunkt bleibt die Sicherung und Stärkung der Menschenrechte. Ihr wirksamer Schutz ist eine wichtige Voraussetzung für Frieden und Stabilität. Mit Nachdruck tritt die Bundesregierung für das baldige Inkrafttreten des Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs ein.

Ein dritter Schwerpunkt in der Arbeit der Vereinten Nationen bleibt schließlich der Einsatz für den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt, der übrigens auch faire internationale Wettbewerbs- und Wirtschaftsbeziehungen voraussetzt. Mit der Kölner Entschuldungsinitiative, die die G-8-Staaten auf ihrem Gipfel in Okinawa fortgeführt haben, hatten wir 1999 die Voraussetzungen dafür geschaffen, die Schuldenerleichterung mit einer Strategie der Armutsbekämpfung zu verbinden.

Deutschland wird den ärmsten hochverschuldeten Entwicklungsländern ihre gesamten bilateralen Schulden erlassen. Generalsekretär Kofi Annan hat die Staatengemeinschaft dazu aufgerufen, sich das Ziel zu eigen zu machen, bis zum Jahr 2015 den Anteil der in extremer Armut lebenden Menschen zu halbieren. Ich begrüße und unterstütze diese Initiative nachdrücklich. Die Bundesregierung wird daher einen Aktionsplan entwickeln, der aufzeigt, auf welche Weise Deutschland selbst konkret dazu beitragen kann, daß dieses Ziel tatsächlich erreicht wird. Es wäre gut, wenn sich möglichst viele Länder hier ebenfalls beteiligen könnten.

Zur Verbesserung der Entwicklungschancen vieler und gerade der ärmsten Entwicklungsländer gehört auch der Zugang zu den modernen Informations- und Kommunikationstechnologien. Ich setze mich dafür ein, daß diese Länder hierbei mehr Unterstützung erfahren als bisher. Wichtig scheint mir auch eine stärkere Einbeziehung der Wirtschaft in die Arbeit der Vereinten Nationen. Generalsekretär Annan hat mit seinem Projekt des »Globalen Paktes« gute Anstöße gegeben. Sollten wir diese Zusammenarbeit